Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G.-Mark bei freier Zustellung durch Boten. Postbezug für Monat November 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 261 — Donnerstag, 6. November 1924 — XXXII. Jahrg.

Coolidge Präsident von Amerika

Ueberraschend großer republikanischer Sieg in den Vereinigten Staaten — Fortsetzung der bisherigen vorsichtig zurückhaltenden Europa-Politik Washingtons

Der republikanische Sieg

Die Amerikaner haben einen Ausschuß eingesetzt, der die Finanzierung des letzten Wahlkampfes untersuchen sollte. Gerade am Wahltage wurde sein Ergebnis veröffentlicht. Es ist sehr interessant: Lafollette hat 171 000 Dollar ausgegeben, die Demokraten 552 000. Die Republikaner aber 3 748 000 Dollar. Die Ausgabe hat sich gelohnt. Das Wahlresultat entspricht den Ausgaben der einzelnen Parteien.

Die Wahl zum Präsidenten erfolgt bekanntlich nach der amerikanischen Verfassung nicht direkt. Gewählt werden Wahlmänner, die dann ihrerseits erst den Präsidenten wählen. Die Zahl der Wahlmänner beträgt 531. Präsident ist, wer die absolute Majorität unter ihnen erhält. Die absolute Majorität beträgt 266. Bisher verfügt Coolidge über 311, Davis über 137 und Lafollette über 17. 55 Ergebnisse stehen noch aus. Davon dürften etwa 30 auf Coolidge entfallen. Coolidge ist also mit überwältigender Majorität gewählt und mit ihm als Vizepräsident der in Deutschland ja gut bekannte General Dawes.

Beide, vor allem Dawes, sind Morgan-Männer. Von Morgan stammt der größte Teil des Wahlzuschusses für die Republikaner. Morgan gab das Geld und Morgan erhielt den Mann, den er wünschte. Die Hoffnungen Lafollettes, die Bildung einer absoluten Majorität für einen der Kandidaten durch sein Auftreten zu verhindern, haben sich nicht erfüllt. Die Mehrheit für die Republikaner, also nach unsern Begriffen für die Konservativen, ist größer, als man erwartet hatte, wenn sie auch nicht ganz dem ungeheuren konservativen Sieg in England entspricht.

* * *

Coolidge genießt starke persönliche Sympathien, die ihm viele Stimmen eingetragen haben werden; im wesentlichen aber ist sein Sieg Ausdruck jener Sehnsucht nach Stabilität und jener Furcht vor allen radikalen oder auch nur radikal scheinenden Experimenten, die augenblicklich die gesamte angelsächsische Welt charakterisiert und die auch die Quelle des Sieges der englischen Konservativen war. (Lafollette, ein nach europäischen Begriffen noch ziemlich weit rechts stehender Politiker, wird in dieser Stimmung zu einer Art von revolutionärem Popanz und einem „amerikanischen Lenin".) Coolidge ist politisch in keiner Weise eine irgendwie überragende Persönlichkeit. Er ist lediglich ein guter, solider, aber gerade wegen seiner anständigen, vor jeder Ueberraschung und vor jedem Seitensprung sichernden Mittelmäßigkeit brauchbarer Repräsentant der augenblicklich in Amerika vorherrschenden wirtschaftlichen Tendenzen und Kräfte.

Im Gegensatz zu seinen Konkurrenten Davis und Lafollette, im Gegensatz auch zu General Dawes, dem neuen Vizepräsidenten, tauchte Coolidge, der jetzt 52 Jahre alt ist, erst vor etwa fünf Jahren aus provinziellem Dunkel hervor, als er zum Gouverneur von Massachusetts ernannt wurde. 1920 wurde er republikanischer Verlegenheitskandidat für den Posten des Vizepräsidenten, und der zufällige Tod Hardings öffnete ihm die Pforten des Weißen Hauses. Er dürfte sich niemals haben träumen lassen, daß er einstmals die höchste Würde, die das amerikanische Volk zu verleihen hat, bekleiden würde.

Politisch unterscheidet ihn von seinen Konkurrenten — wenigstens nach europäischen Begriffen — eigentlich fast nichts. Die Unterschiede bestehen lediglich in Nuancen. Man übersieht in Europa diese geistige Gleichartigkeit in Amerika allzu leicht. Man verachtet die ungeheuerliche Standardisierung des amerikanischen Menschentyps, der geistig einfach Massenfabrikat ist. Einer ähnelt bis zum Verwechseln dem andern. Daher jene große Uniformität der Meinungen, die für uns in Deutschland, dem gelobten Land der Originale und Eigenbrötler, wo jedermann am liebsten seine eigene Partei bildet und seine eigene Weltanschauung verkündet, kaum faßbar ist.

Der Gegensatz zwischen den Parteien ist also im wesentlichen wirtschaftlicher Natur. Zwischen Republikanern und Demokraten besteht der bekannte alte Streit um die Zölle. Die Demokraten neigen zum Freihandel, die Republikaner zum Hochschutzzoll. Beide sind sich dann wieder in der Frage des Staatseigentums an den Eisenbahnen einig, die Lafollette aufgeworfen hat, der die Verstaatlichung der Bahnen verlangt. Republikaner wie Demokraten lehnen unter dem Druck der großen Eisenbahngesellschaften diese Verstaatlichung natürlich ab, obwohl sie sich auf die Dauer wahrscheinlich kaum aufhalten lassen wird.

* * *

In der Außenpolitik bestehen ebenfalls nur Nuancenunterschiede. Die Demokraten treten zwar für eine stärkere Beteiligung an den europäischen Angelegenheiten ein, machen aber den Eintritt in den Völkerbund neuerdings auch von einer Volksabstimmung abhängig, schieben ihn also auf die lange Bank. (Verschiedene Bestimmungen des Genfer Protokolls dürften in den Vereinigten Staaten außerordentlich abschreckend wirken.) Die Republikaner aber sind ihrerseits wieder von der Politik völliger Isolierung, wie sie Harding trieb, abgekommen und vertreten eine allmähliche Annäherung an Europa, ohne jede offizielle Bindung. Das erste Resultat dieser Politik war bekanntlich das Dawes-Gutachten. Dieses Gutachten dürfte auch weiterhin die Grundlage der amerikanisch-europäischen Politik bilden. Amerika hat Interesse an einem friedlich produzierenden, Wert schaffenden und damit seine Schulden abzahlenden Europa. Nach diesen Grundsätzen dürfte nunmehr nach der Regelung der Reparationsfrage auch die Frage der interalliierten Schulden in Angriff genommen werden, wobei abzuwarten bleibt, inwieweit Amerika sich auf eine Erleichterung der Schuldenlast für Frankreich einlassen wird.

Die europäischen Kontinentalstaaten bleiben in mehr oder weniger großer Abhängigkeit von Washington. Am stärksten abhängig sind zur Zeit Deutschland und Oesterreich. Aber auch ein Siegerstaat wie Frankreich ist in hohem Maße Morgan ausgeliefert. Es wäre interessant, eine Karte Europas zu zeichnen, die den verschiedenen Grad der Abhängigkeit der einzelnen Länder von Amerika durch verschiedene Farbnuancen kennzeichnet. Diese Karte würde in vieler Beziehung ganz merkwürdig den in historischen Schulatlanten enthaltenen Karten von der Ausdehnung des Römischen Reiches im zweiten vorchristlichen Jahrhundert entsprechen, jener Zeit, da die Karte infolge der sehr verschiedenartigen Abhängigkeit der verschiedenen Staaten von Rom noch sehr buntscheckig war, bis einige hundert Jahre später die Karte überall die gleiche Farbe zeigt und alle Länder römische Provinzen geworden waren. So weit sind wir heute noch nicht, aber in vielen Punkten auf dem Wege dahin.

* * *

Die zukünftige Administration in Amerika hat um so mehr Interesse an der Aufrechterhaltung der Ruhe in Europa, als die Gewitterwolken natürlich nicht in Europa, sondern im Pacific und im Fernen Osten liegen. Hier stehen schwere Entscheidungsjahre bevor. Es ist besonders bemerkenswert, daß in beiden angelsächsischen Ländern Regierungen am Ruder sind, die außenpolitisch einander im Ideengehalt sehr nahestehen. In England wie in Amerika herrscht der imperialistische Ton vor, d. h. die Neigung zu schärferem Betonen der nationalen und wirtschaftlichen Ansprüche im Fernen Osten. England wird in Indien mit größerer Energie als Macdonald durchgreifen, und auch die berühmte, viel umkämpfte Marinebasis in Singapore dürfte nunmehr sicher ausgebaut werden.

Damit sind wir dem Kriege im Pacific wieder etwas näher gekommen, wenn man sich auch einen Mann wie den amerikanischen Staatssekretär Hughes nicht etwa als einen blindwütenden Militaristen oder Chauvinisten vorstellen darf. Amerika dürfte, wenn es irgendwie geht, einen blutigen Zusammenstoß mit allen Mitteln zu vermeiden suchen und die Signatur der Administration Coolidges dürfte nicht der militärische, sondern wirtschaftliche Imperialismus sein.

Th. Sch.

Die künftige Außenpolitik Amerikas

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 5. November. (Durch United Preß.) Obgleich am Schlusse der Wahlkampagne man mit einem Siege Coolidges rechnete, so hat doch der Umfang des republikanischen Sieges, der hier mit einem „Erdrutsch" verglichen wird, allgemeine Ueberraschung hervorgerufen, zumal die Ergänzungswahlen zum Kongreß ebenfalls einen republikanischen Erfolg darstellen.

Die Hauptpunkte des Wahlkampfes betrafen die Ehrlichkeit der Verwaltung und Zollfragen, während die auswärtige Politik nur eine geringe Rolle spielte. Dennoch betrachtet man das Wahlergebnis als eine volle Anerkennung der Politik Coolidges und Hughes, wonach Amerika eine vorsichtige Haltung gegen Europa einzunehmen hat. Dementsprechend wird die Politik der Unabhängigkeit vom Völkerbund energisch fortgeführt werden. Dieses Fernhalten vom Völkerbund soll sich aber nicht beziehen auf die humanitären Bestrebungen des Bundes, zumal der Kongreß einer Mitarbeit an diesen besonders zugestimmt hat.

Die Vereinigten Staaten werden auch an der vom Völkerbund geplanten Abrüstungskonferenz teilnehmen, obwohl man an vielen Stellen diese Konferenz als einen Gegenzug betrachtet gegen den entsprechenden Plan von Hughes und Coolidge. Voraussetzung der Annahme einer Einladung zu dieser Konferenz ist allerdings, daß deutlich festgestellt wird, daß die Konferenz vom Völkerbund unabhängig sein soll. Soweit die Landabrüstung in Frage kommt, gedenken die Vereinigten Staaten die Rolle des wohlwollenden Beobachters zu spielen da sie ihre Landstreitkräfte bereits auf ein Minimum reduziert haben.

Entsprechend den wiederholten Erklärungen von Harding und Coolidge werden die Vereinigten Staaten versuchen, die Einrichtung eines Weltgerichtshofes zu unterstützen. Mit Dawes als Vizepräsident wird zweifellos der seinen Namen tragende Plan die wärmste Unterstützung der Regierung finden. Ferner nimmt man allgemein an, daß die Fragen, die die europäische Wirtschaft betreffen, eine Vorzugsstellung in den Sitzungen des Kabinetts erlangen werden, an denen gewohnheitsmäßig der Vizepräsident teilnimmt.

Dennoch soll die Zusammenarbeit mit Europa sich streng darauf beschränken, den privaten Unternehmungsgeist zu fördern. Die Regierung wird aus offensichtlichen Gründen nicht nur den Zolltarif nicht herabsetzen, sondern für den Fall, daß sich Anzeichen von europäischen „Dumpingversuchen" bemerkbar machen sollten, nicht zögern, die Zölle noch heraufzusetzen.

Die Regierung ist weiter energisch entschlossen, die amerikanischen Rechte zu erhalten, doch wird sie, wenn sie auch darauf besteht, daß die alliierten Schulden geregelt werden, die Lage der Schuldner berücksichtigen. Coolidge und Hughes dürften daher, je nach den Fähigkeiten der Schuldnerstaaten, diesen entsprechende Zahlungsfristen gewähren.

Die Frage der von Kerenski eingegangenen russischen Schuldverpflichtungen bedarf jedenfalls nach der Regelung und stellt die Hauptschwierigkeit dar, soweit die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Rußland überhaupt in Frage kommt. Doch glaubt man, daß man zu einer Verständigung kommen wird, sobald das Problem erst aus der öffentlichen Erörterung in die kühlere Atmosphäre des Verhandlungszimmers verlegt worden ist. Was endlich den Fernen Osten betrifft, so wird die Regierung weiterhin den dortigen Vorgängen ihre besondere Aufmerksamkeit widmen.

*

England ist zufrieden

Telegramm unsres Korrespondenten

w. London, 5. November. Die Wahl von Coolidge wird in hiesigen parlamentarischen Kreisen mit lebhafter Befriedigung begrüßt. Man erklärt, daß der Sieg der Republikaner in Amerika im Verein mit der Rückkehr einer stabilen konservativen Regierung in England einen außerordentlich günstigen Einfluß auf den Wiederaufbau des internationalen Wirtschaftslebens ausüben werde. In Amerika und in England werde das Vertrauen auf eine friedliche Entwicklung des Welthandels dadurch bestärkt werden. Man könne nunmehr auf einen Aufschwung des Geschäftslebens hoffen, dessen Anfänge sich bereits bemerkbar gemacht hätten. Man hoffe, daß Deutschland, das ebenfalls Beweise seiner aufrichtigen Absicht, an dieser friedlichen Entwicklung mitzuarbeiten, gegeben habe, dies durch die neuen Reichstagswahlen bestärken werde.

Ein tragischer Zwischenfall

Selbstmord eines deutschamerikanischen Politikers — Der Zwist im deutschen Lager

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

St. Louis, 5. November. (Durch United Preß.) Der tragische Selbstmord des Herausgebers der deutschamerikanischen Zeitung „Westliche Post", Hackel, der infolge der Aufregung, die er seit seinem Auftreten gegen die für Lafollette eintretende deutsche Steuben-Gesellschaft und für Coolidge erlitt, aus dem Leben schied, hat sich in deutschamerikanischen und auch in englischsprechenden Kreisen der Union wie ein Lauffeuer verbreitet. Noch im letzten Moment wurde von den Wahlrednern der verschiedenen Parteien versucht, das tragische Ereignis zu Wahlpropagandazwecken auszuschlachten. Besonders in die deutschamerikanischen Kreise hat der Selbstmord Hackels eine tiefe Erbitterung und einen wohl auch in Zukunft nur schwer überbrückbaren Gegensatz hineingetragen. Es wird allgemein angenommen, daß die Steuben-Gesellschaft nur das Abklingen der Aufregung abwartet, um in den ersten Tagen nach der Präsidentschaftswahl mit einer öffentlichen Stellungnahme zu diesem tragischen Vorfall hervorzutreten.

Während des Wahlkampfes in Amerika

Von Staatssekretär z. D. Freiherrn v. Rheinbaben

Unser Mitarbeiter Staatssekretär z. D. Frdr. v. Rheinbaben ist soeben von einer Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika zurückgekehrt. Die Wichtigkeit amerikanischer Präsidentenwahlen auch für Deutschland haben die Jahre des Weltkrieges und in der Folge nach dem inneren (Amerika) und äußeren (Europa) Zusammenbruch von Wilsons unheilvoller „europäischer Politik" die allmähliche Rückkehr Amerikas zur Mitarbeit an der Gesundung Europas (Dawes-Plan, Londoner Pakt) deutlich erwiesen. Wir haben daher Herrn v. Rheinbaben (der im letzten Sommer unsern Lesern bereits politische Eindrücke von Reisen nach Frankreich und England mitgeteilt hat) nunmehr ersucht, seine Auffassung über die Bedeutung der heutigen amerikanischen Wahlen für uns niederzulegen. Unterdessen ist die Entscheidung in den Vereinigten Staaten gefallen. Die Ausführungen Rheinbabens verlieren dadurch nichts von ihrer Aktualität.

Die Redaktion.

I.

New-York, 25. Oktober

Noch zehn Tage bis zur „Präsidentenwahl" am 4. November! Selbstverständlich ist die Wahlkampagne schon längst in vollem Gange. Hat man doch nicht ohne Berechtigung gesagt, daß sie, d. h. das Bestreben, den Sieger wieder aus der Macht zu verdrängen, jeweils bereits am 5. November des Präsidentenwahljahres, also am Tage nach der letzten Wahl beginnt, so daß es überhaupt keine politische Agitationspause in Amerika gibt, zumal zwischendurch wieder Teilwahlen zum Kongreß usw. stattfinden. Tief einschneidend in das ganze Leben der Nation ist aber gerade der Ausgang der Präsidentenwahl deshalb, weil der Gewählte die „Administration", d. h. das Kabinett und — soweit sie nicht gleichfalls aus direkten Volkswahlen hervorgehen — all die zahllosen Aemter und Stellungen mit seinen Anhängern besetzt, über die der große Staatsapparat Amerikas verfügt.

Einen „Premierminister" oder eine unserm Reichskanzler entsprechende Stellung im Kabinett gibt es nicht. Der nach dem Präsidenten wichtigste Mann ist der Staatssekretär im state department, d. h. der Leiter der Außenpolitik, jetzt bekanntlich Herr Hughes. Seine engeren Mitarbeiter sind der Schatzsekretär Mellon und Herr Hoover, der aus der Kriegszeit als Ernährer Belgiens bekannte Leiter des Handelsdepartements. Erst der verstorbene Harding, dann Coolidge mit Hughes, Mellon und Hoover haben praktisch in den letzten vier Jahren die großen Linien der amerikanischen Politik ziemlich selbstherrlich bestimmt.

Repräsentantenhaus und Senat (zusammen: „der Kongreß") haben in Amerika eine vom Präsidenten und seinem Kabinett abhängigere Stellung und Tätigkeit, als sie etwa der deutsche „souveräne Reichstag" im Verhältnis zum Reichspräsidenten besitzt. Aeußerlich geht das schon daraus hervor, daß die Minister, d. h. die Staatssekretäre, im Kongreß überhaupt nicht auftreten. Viele europäische einschließlich deutsche Minister werden ihre amerikanischen Kollegen sicherlich um dieses Privileg beneiden!

Eine besondere Bindung des Präsidenten bzw. der Häupter der „Administration" besteht, abgesehen von der üblichen Gesetzesfabrikation durch den Kongreß, in der Hauptsache nur in der äußeren Politik. Hier bedarf der Präsident bei Verträgen und andern wichtigen Entscheidungen der Zustimmung der 96 (für jeden der 48 amerikanischen Staaten 2) Senatoren. Auch jeder deutsche Zeitungsleser wird sich erinnern, wie oft in den letzten Jahren, angefangen mit der erfolgreichen Bekämpfung der Ratifizierung des Versailler Vertrages, die Namen gewisser Senatoren, wie Lodge, Fall, Borah, Lafollette usw., genannt wurden. Die Haltung einiger weniger Senatoren war immer dann besonders entscheidend, wenn die Mehrheitsbildung im Senat im ganzen schwierig und zweifelhaft ist und dann im letzten Augenblick womöglich die Einstellung von 2 oder 3 Senatoren den Ausschlag gibt.

Die Verfassungsbestimmungen Amerikas, von „weisen Vätern" erdacht, sind im übrigen für den „Fremden" durchaus nicht leicht zu verstehen, und abgesehen vom Alltäglichen und oft Erprobten, gibt es meiner Erfahrung nach auch in Amerika selbst viele Zweifel bezüglich ihrer Einzelheiten und vor allem bezüglich ihrer Auslegung. (In dieser sehr detailliert „geschriebenen" Verfassung liegt ein wichtiger Gegensatz zu den entsprechenden „ungeschriebenen" Verfassungsinstitutionen des angelsächsischen Vetters in London!) Ein oberstes Gericht — Supreme Court — aus neun besonders vom Präsidenten ernannten hervorragenden Richtern trifft in Zweifelsfällen die endgültige Entscheidung.

Gegen diese große Machtfülle in den Händen einiger weniger niemand verantwortlicher Personen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19241106/1